

Änderungen am Lieferkettengesetz: Die SPD-Chefin Bärbel Bas kritisiert Abstimmung im Europäischen Parlament als «fatales Zeichen»

Auch Rechts-aussen-Fraktionen stimmten mit der EVP. Die Schuld dafür gibt Bas dem Christlichsozialen Manfred Weber. Der EVP-Chef soll den Kompromiss nicht gesucht haben.

Susann Kreutzmann, Berlin

14.11.2025, 17.48 Uhr ⌚ 3 min

[Aktualisiert](#)

Hören



Die deutsche Arbeitsministerin Bärbel Bas kritisiert die Abstimmung von CDU und CSU im EU-Parlament.

Annegret Hilse / Reuters

Eigentlich war die Unterrichtung der Spitzen von CDU, CSU und SPD über die Ergebnisse des Koalitionsausschusses schon beendet, als noch eine Nachfrage kam. Es ging um Brüssel, um das Abstimmungsverhalten der Unionsparteien CDU und CSU im EU-Parlament zum Lieferkettengesetz. Dort waren Änderungsanträge mit den Stimmen von Rechts-aussen-Abgeordneten gebilligt worden.

Doch nicht etwa der Inhalt der Anträge, sondern die Art des

Zustandekommens empörte die deutsche Arbeitsministerin und SPD-Chefin Bärbel Bas. «Ich halte das schon für ein fatales Zeichen, dass der EVP-Chef Manfred Weber bewusst den Kompromiss in der politischen Mitte nicht gesucht hat», sagte Bas bei der kurzen Pressekonferenz am Donnerstagabend im Berliner Reichstagsgebäude.

Zwar habe es Bemühungen von Weber gegeben, aber diese habe er nicht «durchgetragen». Wichtig sei für sie, dass mit rechtsextremen Kräften nicht die Zukunft von Europa gestaltet werde, sagte Bas.

Diesen Satz kann sicherlich auch Bundeskanzler Friedrich Merz vollends unterschreiben. Da gibt es keinen Dissens. Auch er hätte sich eine andere Mehrheit in Brüssel gewünscht. Es werde ja noch weitere entscheidende Abstimmungen über das Gesetz geben, sagte der Christlichdemokrat deshalb. «Ich gehe davon aus, dass bei dieser Schlussabstimmung zur EU-Lieferkettenrichtlinie im Europäischen Parlament die Mehrheit zustande kommt, die ich immer gerne sehen möchte. Nämlich eine Mehrheit aus EVP, sozialdemokratischer Fraktion und Liberalen.»

Merz fügte hinzu: «Die ganz weit rechts stehende Fraktion wäre für diese Abstimmung heute nicht gebraucht worden.» Gemeint ist die ESN-Fraktion, in der sich die AfD befindet und deren Stimmen rein rechnerisch für die Abstimmung der Änderungsanträge nicht entscheidend waren.

Kompromiss scheiterte auch an der SPD

Die Frage ist deshalb: Warum kommt jetzt der Frontalangriff auf den EVP-Fraktionschef Manfred Weber von der deutschen Arbeitsministerin? «Wir zeigen, dass wir Kompromisse finden, wenn wir auch gelegentlich streiten», sagte Bas in Berlin zum Zustand der Koalition. Doch genau diese Kompromissfindung ist in Brüssel gescheitert. Die Schuld dafür gibt sie dem Christlichsozialen Manfred Weber und nicht etwa den eigenen Genossen.

Die Union kämpft schon lange für eine Abschwächung der starren Berichts- und Haftungspflichten von Unternehmen im Lieferkettengesetz. Mit den Änderungen sollen vor allem mittelständische Unternehmen entlastet werden. Doch eine Verständigung mit Sozialdemokraten kam in Brüssel trotz Bemühungen nicht zustande. Diesen entscheidenden Punkt hätte Bas sicherlich noch erwähnen sollen. Denn die Alternative wäre Blockade gewesen.

Deshalb mutet es zumindest widersprüchlich an, wenn die SPD beim

Koalitionsausschuss auf Entlastungen für die deutsche Wirtschaft pocht, um diese international wettbewerbsfähiger zu machen, in Brüssel aber auf der Bremse steht.

Von den Sozialdemokraten muss die Union sich jetzt den Vorwurf gefallen lassen, die «Brandmauer» gegenüber dem rechten Rand eingerissen zu haben. Doch so einfach ist die Lage nicht, zumal es im EU-Parlament mehrere rechte Fraktionen gibt und die Suche nach Mehrheiten generell komplizierter als im Bundestag ist. In Wirklichkeit gab es bereits Abstimmungen, in denen Rechts-aussen-Fraktionen für Anträge der EVP gestimmt haben. Ein Beispiel ist das Waldgesetz, bei dem auch die AfD für Abschwächungen war.

In Deutschland hat die CDU einen Beschluss gefasst, wonach jede Zusammenarbeit mit der AfD mit den Prinzipien der Partei unvereinbar sei. In Brüssel hat sich die EVP-Fraktion zusammen mit Sozialdemokraten, Liberalen und Grünen auf eine informelle Übereinkunft, den Cordon sanitaire, geeinigt und damit auch eine Zusammenarbeit mit extrem rechten Fraktionen ausgeschlossen.

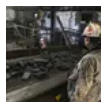


Passend zum Artikel



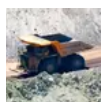
Die deutsche Regierungskoalition liegt oft im Clinch: Das sind die vier grössten Streitpunkte

Jonas Hermann, Berlin 31.10.2025 ⌚ 3 min



Brüssel will vom Bürokratieabbau nicht nur reden, sondern ihn auch umsetzen. Kann das funktionieren?

Antonio Fumagalli, Brüssel 27.02.2025 ⌚ 4 min



GASTKOMMENTAR

von Denise Laufer und Erich Herzog

Nachhaltigkeit regulieren: Die Schweiz muss ihren eigenen Weg gehen

11.01.2025 ⌚ 3 min



Kostenlose Onlinespiele →